Stand: 16.12.2025 00:34:21

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/10522

"Wer Obergrenzen fordert, darf sich der Bekämpfung der Fluchtursachen nicht verschließen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/10522 vom 15.03.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/11463 des BU vom 11.05.2016
3. Beschluss des Plenums 17/11903 vom 09.06.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 75 vom 09.06.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 15.03.2016 **Drucksache 17/10522**

Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Wer Obergrenzen fordert, darf sich der Bekämpfung der Fluchtursachen nicht verschließen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und Europaebene einzusetzen,

– dass auf eine schnellstmögliche Erreichung des 0,7-Prozent-Ziels in der Entwicklungszusammenarbeit in Deutschland und der gesamten EU hingewirkt und dabei der Schwerpunkt auf die Fluchtursachenbekämpfung gelegt wird.

– dass auf die Einrichtung eines jährlich neu angepassten und bedarfsgerecht ausgestatteten Haushalts zur Finanzierung der UN-Hilfsorganisationen auf Ebene der Vereinten Nationen hingewirkt wird.

Begründung:

Über eine Milliarde Menschen leben in extremer Armut und über 60 Mio. Menschen sind auf der Flucht. Dabei müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die Zahl der Binnenvertriebenen ein Vielfaches der Zahl der Flüchtlinge darstellt, die ihre Heimatländer bereits verlassen haben. Allein 7,6 Mio. Menschen in Syrien, 6 Mio. Menschen in Kolumbien, 3,6 Mio. Menschen im Irak und 2,8 Mio. Menschen in der Demokratischen Republik Kongo. Diese Menschen nicht zu entwurzeln und in ihrer Heimat möglichst eine Lebensperspektive zu geben, muss Anliegen Deutschlands und der Europäischen Union sein. Unberücksichtigt ist dabei die noch wachsende Fluchtursache „Klimawandel“. Bundesentwicklungsminister Gerd Müller sprach 2015 in einem Interview mit der Rheinischen Post vor dem G7-Gipfel in Elmau von über 200 Mio. Klimaflüchtlingen, die uns erwarten werden. Angesichts der aktuellen Weltlage ist es dringlicher denn je, dass Deutschland und die weiteren EU-Mitgliedstaaten in einem ersten Schritt zumindest ihre alten Beschlüsse in der Entwicklungspolitik entschlossen umsetzen. Das Ziel, wonach 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung gestellt werden sollen, muss daher so schnell wie möglich in Deutschland und den weiteren EU-Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Die Bundesregierung beteuert seit Jahren, dass sie das 0,7-Prozent-Ziel erreichen will und ist damit im Zeithorizont bis 2015 dramatisch gescheitert. Die im Juli 2015 angenommene Aktionsagenda von Addis Abeba der Vereinten Nationen, in der sich die EU erneut diesem Ziel verpflichtet, darf kein weiteres Lippenbekenntnis bleiben. Die aktuelle VENRO-Studie „Die Entwicklung der ODA-Quote bis 2020: Wie aus Anspruch Realität werden kann“ aus dem Februar 2016 legt beispielsweise dar, wie das Ziel in Deutschland bis 2020 erreicht werden könnte. Das vergangene Jahr hat auch deutlich gemacht, dass das System zur Finanzierung der UN-Hilfsorganisationen in bestehender Form große Mängel aufweist. Die Flüchtlingsströme, mit denen die Europäische Union seit September konfrontiert ist, haben ihre Ursache in der chronischen Unterfinanzierung der in die Flüchtlingsversorgung involvierten Organisationen unter dem Dach der Vereinten Nationen, wie etwa UNHCR und die WHO. Als Bittsteller müssen sie gegenüber den Geberländern die benötigten Gelder anfordern. Eine bedarfsgerechte Mittelausstattung ist dabei ohnehin schwierig zu erreichen und zumindest stets mit unnötigen zeitlichen Verzögerungen verbunden. Statt ad-hoc geführter Verhandlungen muss auf einen geregelten Haushalt der Vereinten Nationen für die Versorgung der Flüchtlinge hingearbeitet werden, um finanzielle Engpässe wie im vergangenen Jahr künftig ausschließen zu können. Immerhin entfalte jeder Euro, der in Krisenregionen eingesetzt wird, nach Aussage des Bundesentwicklungsministers Gerd Müller einen 30- bis 50-fachen Effekt wie in Deutschland.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 11.05.2016 **Drucksache** 17/**11463**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 17/**10522**

Wer Obergrenzen fordert, darf sich der Bekämpfung der Fluchtursachen nicht verschließen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Dr. Hans Jürgen Fahn**
Mitberichterstatter: **Dr. Martin Huber**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 40. Sitzung am 19. April 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 110. Sitzung am 11. Mai 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

Dr. Franz Rieger
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 09.06.2016 **Drucksache** 17/**11903**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/**10522**, 17/**11463**

Wer Obergrenzen fordert, darf sich der Bekämpfung der Fluchtursachen nicht verschließen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Listennummern 3 und 4, über die wir eben abgestimmt haben. Ebenfalls ausgenommen ist die Listennummer 14. Es ist dies der Antrag der Abgeordneten Scheuenstuhl, von Brunn, Adelt und anderer (SPD) betreffend "Verschlechterung stoppen – Umweltziele der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie bis 2021 bayernweit erreichen", der auf Wunsch der SPD-Fraktion einzeln beraten werden soll. Der Aufruf erfolgt am Ende der Tagesordnung am späten Nachmittag.

Ausgenommen ist des Weiteren die Listennummer 7, Antrag der Abgeordneten Arnold, von Brunn, Woerlein und anderer (SPD) betreffend "Zusammenführung der EU-Förderprogramme Schulfrucht und Schulmilch sinnvoll ausgestalten". Dieser Antrag wird im Einvernehmen der Fraktionen auf die Sitzung am 14. Juni verschoben.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Europaangelegenheit, eine Verfassungsstreitigkeit sowie die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Allgemeine und institutionelle Fragen
Öffentliche Konsultation zu einem Vorschlag für ein verbindliches Transparenzregister
01.03.2016 - 01.06.2016
Drs. 17/10728, 17/11625 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Verfassungsstreitigkeit

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 17. Mai 2016 (Vf. 7-VII-16) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Außenbereichssatzung der Stadt Füssen gemäß § 35 Abs. 6 BauGB für die Stadtteile Oberried und Weißensee, erste Änderung, vom 21. März 2014

PII/G1310.16-0005
Drs. 17/11628 (E)

Der Landtag beteiligt sich nicht an dem Verfahren.

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Anträge

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)
Absenkung des Wahlalters auf 16
Drs. 17/9379, 17/11608 (A)

Über den Antrag wird gesondert abgestimmt.

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Franz Schindler, Horst Arnold u.a. SPD
Wahlalter 16 bei der Europawahl
Drs. 17/10274, 17/11364 (A)

Über den Antrag wird gesondert abgestimmt.

5. Antrag der Abgeordneten Volker Bauer, Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
Staatliche Flächen mit Kurzumtriebskulturen zur Energiegewinnung nutzen
Drs. 17/10295, 17/11462 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Eberhard Rotter, Ingrid Heckner, Dr. Martin Huber u.a. CSU
Spektrum sichern und bayerische Kultur- und Kreativwirtschaft retten
Drs. 17/10319, 17/11723 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Herbert Woerlein u.a. SPD
Zusammenführung der EU-Förderprogramme Schulfrucht und Schulmilch sinnvoll ausgestalten
Drs. 17/10431, 17/11636 (A)

Über den Antrag wird gesondert abgestimmt.

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wertschätzung der Schulleiterinnen und Schulleiter
Drs. 17/10452, 17/11638 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Für faire Arbeitsbedingungen − Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen nicht länger blockieren!
Drs. 17/10514, 17/11644 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	ENTH

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kein privates Kapital für die Bundesverkehrswegefinanzierung
Drs. 17/10515, 17/11724 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	Z

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Humanitäre Krise abwenden: In Not geratene Flüchtlinge aus Griechenland aufnehmen
Drs. 17/10516, 17/11631 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

12. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Wer Obergrenzen fordert, darf sich der Bekämpfung der Fluchtursachen nicht verschließen
Drs. 17/10522, 17/11463 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Bundesverkehrswegefinanzierung beschleunigen und erhöhen − Optionen für privates Kapital ausloten − Auftragsverwaltung stärken
Drs. 17/10533, 17/11725 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. SPD
Verschlechterung stoppen − Umweltziele der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie bis 2021 bayernweit erreichen
Drs. 17/10566, 17/11646 (A)

Über den Antrag wird gesondert abgestimmt.

15. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Volkmar Halbleib, Stefan Schuster u.a. SPD
Zuführungen zum Pensionsfonds
Drs. 17/10567, 17/11634 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Stärkung unserer bäuerlichen Strukturen − Filterpflicht für große Schweinehaltungsanlagen
Drs. 17/10659, 17/11637 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

17. Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u.a. SPD
Tierschutz stärken − Europäisches Recht umsetzen
Drs. 17/10676, 17/11647 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

18. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld, Dr. Linus Förster u.a. SPD
Durch eine Altfall-Regelung gut integrierten Asylbewerbern eine dauerhafte Aufenthaltsperspektive geben
Drs. 17/10761, 17/11632 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über die Freistellungspraxis bayerischer Behörden bei ehrenamtlichen Rettungskräften
Drs. 17/10755, 17/11425 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ausweitung der Freistellungs-, Entgeltfortzahlungs- und Erstattungsansprüche ehrenamtlicher Rettungskräfte
Drs. 17/10799, 17/11423 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

21. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Bernhard Seidenath, Norbert Dünkel u.a. CSU
Unterstützung der ehrenamtlichen Helfer im Rettungsdienst
Drs. 17/10873, 17/11424 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

22. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Rettungshelfergleichstellung
Drs. 17/10772, 17/11421 (E) [X]

Antrag der CSU-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 Satz 3 BayLTGeschO:
Votum des **federführenden** Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z